



**Gegen Zäune, Mauern**

**und Grenzen:**

**Die Ordnung stören!**

**no fences, no walls,**

**no borders:**

**disrupt order!**

# Gegen Zäune, Mauern und Grenzen:

## Die Ordnung stören!

*English below, page 7*

Im Mittelmeer sind im Juni dieses Jahres nach Angaben der International Organization for Migration 629 Menschen ertrunken. Das sind mehr Menschen als von Januar bis einschließlich Mai zusammen. Zugleich wird die Arbeit privater Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeerraum durch EU-Staaten unter aktiver Mitwirkung Deutschlands massiv gestört, indem Schiffen das Einlaufen in Häfen verweigert wird, Schiffe in Häfen festgesetzt werden und Crewmitglieder angeklagt werden.

### Abschottungspolitik der EU

Hinter dieser Praxis steckt eine politische Agenda: Sie ist Teil der Abschottungspolitik der EU. Weil sich viele Menschen genötigt sehen über das Mittelmeer nach Europa zu flüchten – vor allem deshalb, weil die EU und ihre Staaten sichere Fluchtwege blockieren – versucht mensch nun auch eine Flucht nach Europa über das Mittelmeer zu unterbinden, nötigenfalls auch zum Preis von Tausenden Ertrunkenen!

Doch die Abschottungspolitik der EU kennt neben der Verhinderung von Seenotrettung im Mittelmeer noch zahlreiche weitere menschenverachtende Praktiken, mit denen versucht wird, Flüchtende Menschen um keinen Preis in die EU zu lassen und diejenigen, denen das dennoch gelungen ist, schnellstmöglich wieder loszuwerden.

Innerhalb wie außerhalb der EU-Grenzen werden flüchtende und geflüchtete Menschen in Lagern eingesperrt und müssen dort in aller Regel unter

menschenverachtenden Bedingungen leben. Ziel dieser Lager ist es, Flüchtende außerhalb der EU-Grenzen festzuhalten, bzw. – wenn sie sich innerhalb der EU-Grenzen befinden – möglichst schnell wieder abschieben zu können.

Selbst hier in Deutschland, also weit innerhalb der EU-Grenzen, gibt es zahlreiche Lager deren Ziel die Isolierung Geflüchteter von der übrigen Gesellschaft ist. So ist es einerseits deutlich leichter für die zuständigen Behörden, Personen die abgeschoben werden sollen zu finden, andererseits finden brutale Abschiebepraktiken, die zum Teil mit einem martialischen Polizeiaufgebot einhergehen, sowie auch zahlreiche andere Übergriffe der Polizei auf Geflüchtete abseits der Öffentlichkeit statt. Mit der Einführung sogenannter AnKER-Zentren (Abk. für „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung“) wird nicht einmal mehr versucht, den Zweck dieser Lager zu verschleiern. Stattdessen wird er bereits im Namen genannt.

Zwischen 20.000 und 25.000 Personen werden jährlich aus Deutschland abgeschoben. Das bedeutet, sie werden gegen ihren Willen in ein anderes Land (zumeist in das Land, aus dem sie geflohen sind) verschleppt. Dafür scheuen Bundes- und Landesregierungen weder Aufwand noch Kosten. So wird eigens für diesen Zweck etwa einmal im Monat ein Flugzeug gechartert. Kosten: Rund 300.000 Euro pro Flugzeug, zuzüglich zehntausender Euro Personalkosten. Und auch die eigenen „Regeln“, die der Staat sich für Abschiebungen gesetzt hat, nämlich nur in „sichere Herkunftsländer“<sup>1</sup> abzuschieben, werden konsequent ignoriert, wenn Menschen in Kriegsgebiete abgeschoben werden, beispielsweise nach Afghanistan.

## Rechtsruck in Deutschland

---

<sup>1</sup>Die Bezeichnung „sicheres Herkunftsland“ ist ohnehin irreführend: Schließlich gibt es kein Land, das für alle Menschen „sicher“ in dem Sinne, dass deren Rechte dort geachtet werden, ist. In Ländern in denen Frieden herrscht können trotzdem Angehörige von Minderheiten oder politische Gegner\*innen verfolgt werden. Zugleich können die Lebensumstände von Menschen in einem Land ebenfalls äußerst prekär sein, obwohl das Land durchschnittlich als verhältnismäßig reich gilt.

Die Politik der Abschottung Europas vor allem gegenüber dem afrikanischen Kontinent, der arabischen Halbinsel und Südasiens kommt dabei nicht von ungefähr. Sie ist Teil eines europaweiten gesellschaftlichen Rechtsrucks und einem damit einhergehenden autoritären Umbau der EU-Staaten. In den letzten Jahren ist es in Deutschland, aber auch in vielen anderen EU-Staaten, in denen diese Entwicklung zum Teil sogar noch weiter fortgeschritten ist, einer Reihe rechter Akteur\*innen gelungen, an gesellschaftlicher und politischer Relevanz zuzulegen und zahlreiche Menschen, die ihre Ansichten teilen, zu mobilisieren. Diese Entwicklung führte unter anderem zu der Etablierung der AfD als parlamentarische Kraft ab dem Jahr 2013, aber auch zu einer deutlichen Verschiebung der Politik des gesamten Parteispektrums nach rechts.

Unter der Federführung der CDU/CSU und mit aktiver Beteiligung der SPD wurden in den letzten Jahren mehrere rassistische Gesetze wie die sogenannten „Integrationsgesetze“ verabschiedet. Besonders sticht dabei das bayerische „Integrationsgesetz“ hervor, das von den hier lebenden Menschen unter Androhung von Strafe eine Anpassung an eine imaginierte Norm fordert. Das wirft für viele marginalisierte Minderheiten, darunter nicht nur geflüchtete Menschen, sondern auch Homosexuelle, Trans\*-Menschen, politische Oppositionelle, Muslime\*innen und viele andere, Probleme auf: Sie sollen ihre Identitäten zugunsten einer bayerischen Identität aufgeben, andernfalls können sie gezwungen werden einen „Integrationskurs“ zu belegen.

Beinahe zeitgleich begann auch eine bis heute andauernde Welle der inneren Aufrüstung. Bestes Beispiel: Die derzeitigen Neuauflagen der Polizeigesetze der Länder. Diese räumen polizeilichen Behörden geheimdienstliche Befugnisse ein, erlauben Präventivhaft von sogenannten „Gefährder\*innen“, statten die Polizei mit Kriegswaffen wie beispielsweise Handgranaten aus und reduzieren dabei vielfach die bisher notwendigen Hürden zum Einsatz ähnlicher Maßnahmen.

Eingesetzt werden die mit diesen Gesetzen geschaffenen neuen Befugnisse vor

allem gegen Geflüchtete. Insgesamt 11 Personen wurden in Bayern seit Einführung der ausgeweiteten Präventivhaft für mehr als zwei Wochen eingesperrt. Bei allen handelte es sich um Geflüchtete. Das ist natürlich kein Zufall. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann wurde in den letzten Jahren nie müde, von einer angeblichen Gefahr, die von Geflüchteten ausgehe, zu fabulieren. Überhaupt sei „islamistischer Terror“ die größte Gefahr für das Land, und zwar deshalb, weil „islamistische Gefährder“ als Geflüchtete über die deutsche Grenze kommen würden. Die Zahl „islamistischer“ Gewalttaten widerspricht dieser Ansicht dagegen deutlich. In dem Land, in dem ein Neonazi-Netzwerk das sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ nannte mindestens 10 Morde begehen konnte und dabei vom Verfassungsschutz mit Geld- und Waffen versorgt und gedeckt wurde und wird, während Ermittlungsbehörden und Medien die Opfer verhöhnten, fürchtet mensch sich also vor islamistischem Terror: Herrmann und die CSU betreiben folglich die gleiche rassistische Hetze, die auch von der AfD betrieben wird. Doch sie haben momentan die politische Macht, ihren Rassismus in Gesetzen zu manifestieren.

Folge dieser Politik ist die bewusste Ausgrenzung von Geflüchteten und Migrant\*innen, von Muslima\*Muslimen und People of Color innerhalb Deutschlands aufgrund von Rassismus. Außerhalb der EU-Grenzen macht sich diese Politik als Politik der Abschottung bemerkbar. Die Folge sind tausende Tote, die auf der Flucht sterben, weil die rassistischen Regierungen der EU verhindern wollen, dass sie die Grenzen überschreiten, hunderttausende Flüchtende, die unter menschenfeindlichen Bedingungen in Lagern innerhalb wie außerhalb der EU leben, sowie zehntausende Tote in den Krisengebieten, aus denen so viele Menschen fliehen, weil es für sie keine Perspektive gibt, eine Flucht in die EU zu wagen. Der Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist tödlich!

## Werdet aktiv!

Wir rufen aus diesem Grund dazu auf, gegen die rassistische Ordnung der deutschen Gesellschaft und der EU aktiv zu werden. Unterstützt Flüchtende

und Geflüchtete bei ihren Kämpfen für ein Bleiberecht und gegen den Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft, unterstützt die zahlreichen Organisationen, die diese Kämpfe finanziell und personell unterstützen, unterstützt die Seenotrettungsorganisationen, die sich im Mittelmeerraum trotz aller Hürden ganz praktisch für ein Recht auf Leben einsetzen.

Aber all das ist nicht genug, denn auch wenn ihr die Betroffenen bei ihren Kämpfen unterstützt, so bleibt die rassistische Ordnung, die diese Zustände schafft trotz allem bestehen. Wir glauben, dass eine Änderung der Verhältnisse nur gegen die herrschende Ordnung gelingen kann. Deshalb rufen wir auch dazu auf, die Abschottungspolitik Deutschlands und der EU aktiv zu stören und Widerstand gegen die rassistische Ordnung zu leisten. Forderungen an Staat und Regierung werden im Großen und Ganzen immer wirkungslos bleiben, wenn wir uns nicht selbst dazu ermächtigen diese durchzusetzen. Dabei kann es notwendig sein, den Rahmen der Legalität zu sprengen und die Autorität des Staates infrage zu stellen. Das kann beängstigend wirken, doch auch wenn ihr euch der Autorität des Staates im Kleinen erfolgreich widersetzt, werdet ihr sehen, was für ein empowerndes, ja befreiendes Erlebnis das sein kann. Deshalb organisiert euch und leistet gemeinsam Widerstand gegen die rassistische Ordnung um diese unerträglichen Zustände endlich zu beenden!

**no fences, no walls, no borders:**

**disrupt order!**

According to the International Organization for Migration 629 people died in the Mediterranean in June 2018. More than those who died since the beginning of the year until May altogether. At the same time the activity of private sea rescue organizations is sabotaged by EU states with the collaboration of Germany. They deny the ships of the rescue organizations to enter the European harbours, they detain the ships when they want to leave the European harbours, and they charge the crew members.

## **EU's policy of closure**

There is a political agenda behind this practice: It is part of the EU's policy of closure. Because many people find themselves constrained to escape by crossing the Mediterranean – especially because the EU and its states are blocking safe escape routes – the EU states are trying to stop flights into Europe over the Mediterranean at the price of thousands drowned if necessary.

But beside the prevention of sea rescue, there are many other inhuman practices of the EU's policy of closure. Their idea is not to let refugees pass the EU borders and to get rid of those who made it to the EU as fast as possible.

Within as well as beyond the EU borders fleeing and fled people are imprisoned in camps and usually have to live there under inhuman conditions. The goal of these camps is to keep fleeing people beyond the EU borders, alternatively – if they are already within the EU borders – to be able to deport them as quickly as possible.

Even here in Germany, by far within the EU borders, there are numerous camps having the goal to isolate refugees from the rest of the society. Thus, on one hand, it is much easier for the authorities in charge to find people they

want to deport, and on the other hand, brutal deportation practices that partly are accompanied by a martial force of police and numerous other attacks on refugees by police officers find place remote from the public. With the introduction of so-called “AnkER”-centres (German abbreviation for “centre for arrival, decision, repatriation”) there is even no attempt any more to hide the purpose of these camps. Instead it is even part of the name.

Between 20,000 and 25,000 people are deported from Germany every year. This means that they are kidnapped and taken away in another country (mostly the country they fled from) against their will. For this, the federal and the “länder” governments spare neither trouble nor expense. Thus, an aircraft is chartered once a month for this purpose only. Costs: 300,000 euros per plane, plus ten thousands of euros for staff. And even the own “rules” which the state established, namely to deport only in “safe” home countries, are ignored consequently when people are deported in war regions, e.g. to Afghanistan.

## Shift to the right in Germany

The EU’s policy of closure especially against the African continent, the Arabic Peninsular and South Asia is not a single phenomenon. It is part of a societal shift to the right in all European societies and, as a consequence thereof, an authoritarian rebuilding of the EU countries. During the last years, in Germany as well as in many other EU countries in which this development is even more advanced, a bunch of right-wing actors achieved to have more societal and political relevance and to mobilize a lot of people who share their convictions. This development led to establish the AfD [extreme right-wing party in Germany] as parliamentary actor since 2013, but also to a significant shift to the right of the policies of the whole array of political parties.

Led by the CDU/CSU [conservative, rightwing parties] and actively supported by the SPD [social democratic party], several racist laws like the “integration laws” were passed in the last years. Especially the Bavarian “integration law” stands out here that demands an assimilation to an imagined norm from the people living here in Bavaria under threat of punishment. This causes problems



for many marginalized minorities, not only refugees, but also homosexuals, trans people, political opposition members, Muslims and many more: They are supposed to give up their identities for a Bavarian identity, otherwise they can be forced to go to “integration classes”.

Nearly at the same moment, a wave of inner armament began and still is going on. The best example are the currently newly edited police laws of the Länder. These grant secret service powers to the police, allow the preventive imprisonment of so-called “potential offenders”, equip the police with war weapons like for example hand grenades and in many cases lower the formerly high bar for using similar measures.

These newly created powers are mostly used against refugees. In Bavaria, altogether 11 people have been imprisoned for more than two weeks since the introduction of the broadened preventive imprisonment. All of them were refugees. Of course, this is no coincidence. In the last years, the Bavarian Minister of the Interior Joachim Herrmann has never tired of fabricating an alleged danger coming from refugees. Anyway, according to Herrmann, “islamist terror” is the greatest danger for the country, because “islamist potential offenders” cross the German borders as refugees. The amount of “islamist” acts of violence contradicts clearly this opinion. In the country in which a neo-Nazi network which called themselves “National Socialist Underground” could commit at least ten murders and was and is financed, provided with weapons and covered up by the Office for the Protection of the Constitution while the investigating authorities and the media mocked the victims, well, people are afraid of islamist terror: Consequently, Herrmann and the CSU spread the same racist slander as the AfD. However, they have currently the political power to manifest their racism in laws.

This policy causes the conscious exclusion of refugees and migrants, of Muslims and People of Colour in Germany because of racism. Beyond the EU borders this policy is noticeable as policy of closure. The consequences are thousands of dead people who die on the run because the racist governments of the EU want to prevent them from crossing the borders, hundreds of thousands fleeing people who live under inhuman conditions in camps within as well as beyond

the EU, as well as tens of thousands dead in the conflict areas – those from which so many people flee – because they do not have any perspective to dare the flight in the EU. The racism of the German majority society is deadly!

## Get active!

This is why we call you up to get active against the racist order of the German society and the EU. Support fleeing people and refugees in their struggles for their right to stay and against the racism of the German majority society, support the numerous organizations which support these struggles financially and personnel, support the sea rescue organizations which against all odds fight in practice for the right to live in the Mediterranean region.

But all this is not enough, because even if we support the people concerned, the racist order that creates these conditions persists. We believe that we can only change things against the ruling order. This is why we call you up to actively disturb the German and European policy of closure and to put up resistance against the racist order. By and large, demands on the state and the government will always be effectless when we do not empower ourselves to push them through. For this, it can be necessary to act illegally and to question the authority of the state. This can be frightening, but when you resist the authority of the state successfully even on the small scale, you will see that it can be an empowering, even liberating experience. So organize yourself, put up resistance against the racist order to finish these unbearable conditions!

**München, August 2018**

**Auflage:** 500 St.

**V.i.S.d.P.:** C. W. Atch, Brückenstraße 28, 80853 München



**#BridgesNotWalls**

**#noBorders**

**#noOrder**

**ka-os-muc.net**

5E19 E063 B48C E52A 2136 62BA A024 7AE4 F52C 3E79